



Kleine Unternehmen im Lobbying-Loch

■ Netzwerke könnten Betrieben in Krisenzeiten frisches Kapital verschaffen.

Wien. (cpe) Bereits zu Kaiserzeiten galt antichambrieren – das Kontakte knüpfen und Einschmeicheln im Vorzimmer der Mächtigen und Großen – als erfolgversprechend. „Während Lobbying-Aktivitäten heutzutage in der Politik oder bei Großkonzernen Fixbestandteil sind, bleiben die Möglichkeiten bei Klein- und Mittelbetrieben noch weitgehend ungenutzt“, sagt Wolfgang Lusak von Lusak Consulting.

Kammern und Verbände

Laut einer österreichweiter Gallup-Umfrage unter 134 Klein- und Mittelunternehmen (KMU) betreibt nur ein Viertel der Befragten viel Lobbying, über 40 Prozent gar nicht. Lusak: „KMU stecken oft in einem Lobbying-Loch.“ Dabei sieht der Lobby-Coach gerade im KMU-



Vor allem im Bausektor helfen Netzwerke, um Gesetzgeber und Bauherren für sich zu gewinnen. Foto: bilderbox

Umfeld Engpässe, die das Netzwerken mit Kammern und Verbänden erforderlich machen: So fehle kleineren Betrieben oft das Kapital um Innovationen durchzusetzen, oder ein professionelles Marketing. Probleme bereite oftmals auch die

Mitarbeiter- und Nachfolgersuche, so der Berater.

Für den Alltag empfiehlt er Unternehmern, sich an bestehende Interessensvertretungen und Verbände zu wenden, aber sich auch ein individuelles Netzwerk aufzubauen. Dabei betont er

dass die globale und multikulturelle Welt völlig neue Lobbying-Methoden erfordere. In Zeiten der Kapitalknappheit könne man etwa durch Innovations- und Finanzierungslobbying – über bewährte Kontakte zu Banken und Investoren – zu der notwendigen Geldspritze kommen.

Weiters sei es in Zukunft für KMU wichtig, auf gemeinsame Nachhaltigkeits- und Energieinitiativen zu bauen, so der Experte. Bei der Suche nach neuen Mitarbeitern müsse man sich auch dem Bereich Zuwanderer und Integration widmen. Weiters könnten KMU über eine branchenübergreifende Zusammenarbeit etwa bei Einkauf, Ausbildung oder Marketing Synergien nutzen und Kontakte knüpfen.

„Sollte sich das KMU-Lobbying-Loch nicht schließen, gehen der Wirtschaft unzählige Innovationen, Unternehmen sowie Wertschöpfung und Steuern verloren“, warnt Lusak. ■